

# **Arbeitshilfe zur Feststellung der UVP-Pflicht für den Bau der gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen nach § 7 [§ 9] UVPG in Verfahren der Ländlichen Entwicklung**

## **Inhalt**

- **Einführung in die Arbeitshilfe** S. 2 - 3
- **Anlagen**
  - **Teil A:** Mustergliederung für die Angaben des Vorhabenträgers S. 4
  - **Hinweise zu Teil A** S. 5 - 7
  - **Teil B:** Bewertungshilfe für die allgemeine Vorprüfung zur Feststellung der UVP-Pflicht in Verfahren der Ländlichen Entwicklung nach § 7 [§ 9] UVPG S. 8 - 11
  - **Teil C:** Unbedingte UVP-Pflicht in Verfahren der Ländlichen Entwicklung S. 12 - 13

## **Abkürzungen**

ALE	Amt für Ländliche Entwicklung
BNatSchG	Bundesnaturschutzgesetz
BayAbgrG	Bayerisches Abgrabungsgesetz
BayDSchG	Bayerisches Denkmalschutzgesetz
BayKompV	Bayerische Kompensationsverordnung
BayNatschG	Bayerisches Naturschutzgesetz
BayWaldG	Bayerisches Waldgesetz
BayWG	Bayerisches Wassergesetz
BayStrWG	Bayerisches Straßen- und Wegegesetz
CEF	continuous ecological functionality
FlurbG	Flurbereinigungsgesetz
QM-LE	Qualitätsmanagement in der Ländliche Entwicklung in Bayern (= Prozesssteuerung)
TG	Teilnehmergemeinschaft
UVP	Umweltverträglichkeitsprüfung
UVPG	Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung
UVP-Pflicht	Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung
VKZ	Verfahrenskennzahl
WHG	Wasserhaushaltsgesetz

## Einführung in die Arbeitshilfe

Das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) regelt in Anlage 1, für welche Vorhaben eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) durchzuführen ist.

Der Bau der gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen im Sinne des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) fällt in den Anwendungsbereich des UVPG (§ 1 Abs. 1 Nr. 1 UVPG i. V. m. Nr. 16.1 der Anlage 1 zum UVPG).

Vor der Genehmigung der gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen ist mittels allgemeiner Vorprüfung festzustellen, ob eine Pflicht zur Durchführung einer UVP besteht (Feststellung der UVP-Pflicht nach § 7 Abs. 1 UVPG). Die Feststellung der UVP-Pflicht trifft das zuständige Amt für Ländliche Entwicklung (ALE).

Die allgemeine Vorprüfung wird als überschlägige Prüfung anhand von geeigneten Angaben des Vorhabenträgers (entsprechend Anlage 2 UVPG) durchgeführt. Die UVP-Pflicht besteht, wenn das Vorhaben nachteilige Umweltauswirkungen haben kann, die nach Maßgabe der geltenden Gesetze bei der Zulassungsentscheidung zu berücksichtigen wären (vgl. § 7 Abs. 1 i. V. m. § 25 UVPG).

Das Ergebnis der Vorprüfung ist entsprechend § 5 Abs. 2 UVPG bekanntzugeben. Bei der Bekanntgabe ist die Angabe der wesentlichen Gründe für das Bestehen oder Nichtbestehen einer UVP gesetzlich vorgeschrieben. Bei Nichtbestehen der UVP-Pflicht sind außerdem die hierfür maßgebenden Merkmale des Vorhabens oder des Standorts oder Vorkehrungen zur Vermeidung von negativen Auswirkungen bekanntzugeben (vgl. [QM-LE 3.3.8](#)).

Die Feststellung über das Bestehen oder Nichtbestehen der UVP-Pflicht ist nicht selbständig anfechtbar. Das Ergebnis der Vorprüfung kann jedoch in einem gerichtlichen Verfahren zur Zulassungsentscheidung überprüft werden. Die Prüfung beinhaltet, ob die Vorprüfung entsprechend den Vorgaben des § 7 UVPG durchgeführt wurde und das Ergebnis nachvollziehbar ist.

### Das UVPG sieht zusammengefasst folgende Schritte vor:

- Angaben des Vorhabenträgers (= TG)
- allgemeine Vorprüfung durch die zuständige Behörde (= ALE)
- Feststellung der UVP-Pflicht und Bekanntgabe des Ergebnisses durch die zuständige Behörde (= ALE)
- ggf. verbindliche Durchführung einer UVP nach Vorgaben der §§ 15 ff. UVPG

Die vorliegende Arbeitshilfe unterstützt die TG als Vorhabenträger bei der Beibringung der erforderlichen Unterlagen zur Durchführung der allgemeinen Vorprüfung (**Teil A** i. V. m. **Hinweisen zu Teil A**) und ermöglicht es den Ämtern für Ländliche Entwicklung (ÄLE) als zuständige Behörde die Bewertung der möglichen erheblichen Umweltauswirkungen im Hinblick auf die Feststellung der UVP-Pflicht nach Vorgaben des § 7 UVPG rechtssicher durchzuführen (**Teil B**).

Die Zusammenstellung von Rechtsvorschriften, die außerhalb der allgemeinen Vorprüfung zu einer UVP führen können, runden die Arbeitshilfe ab (**Teil C**). Die Feststellung und Bekanntgabe der UVP-Pflicht erfolgen gemäß § 5 UVPG (s. [QM-LE 3.3.8 & 3.3.12](#)).

**Folgende Anlagen sind Bestandteile der Arbeitshilfe:**

▪ **Teil A: Mustergliederung für die Angaben des Vorhabenträgers**

Die Mustergliederung dient dem Vorhabenträger als Orientierung, welche Inhalte er vorzulegen hat und im Zuge der vertiefenden Landschaftsplanung erarbeiten lässt. Die Mustergliederung enthält die erforderlichen Angaben des Vorhabenträgers nach Anlage 2 UVPG.

▪ **Hinweise zu Teil A**

Die Hinweise zu Teil A dienen als Hilfestellung, um das Vorhaben entsprechend der Mustergliederung (Teil A) zu beschreiben. Die Liste ermöglicht eine standardisierte Angabe der Merkmale des Vorhabens und des Standorts sowie der Beschreibung erheblicher nachteiliger Umweltauswirkungen. Die Beschreibung erheblicher nachteiliger Umweltauswirkungen (Nr. 4) ist Grundlage für die anschließende, standardisierte Bewertung durch das ALE (vgl. Teil B).

▪ **Teil B: Bewertungshilfe für die allgemeine Vorprüfung zur Feststellung der UVP-Pflicht in Verfahren der Ländlichen Entwicklung nach § 7 [§ 9] UVPG**

Die Bewertungsmethodik bildet für die ÄLE die Grundlage für eine einheitliche und nachvollziehbare Feststellung über das Bestehen oder Nichtbestehen der UVP-Pflicht. Die Schwellenwerte stellen hierfür eine wichtige Bewertungshilfe dar. Die Durchführung der allgemeinen Vorprüfung sowie das Ergebnis ist in geeigneter Form zu dokumentieren (vgl. § 7 Abs. 7 UVPG).

▪ **Teil C: Unbedingte UVP-Pflicht in Verfahren der Ländlichen Entwicklung**

Eine UVP-Pflicht kann neben der allgemeinen Vorprüfung auch unmittelbar durch das Überschreiten gesetzlicher Vorgaben entstehen (sog. unbedingte UVP-Pflicht). Die gesetzlich geregelten Schwellenwerte für die UVP-Pflicht liegen für Vorhaben der Ländlichen Entwicklung hoch. Dieser Teil der Arbeitshilfe führt für Vorhaben der Ländlichen Entwicklung ggf. relevante Schwellenwerte zusammen.

## **Teil A: Mustergliederung für die Angaben des Vorhabenträgers**

### **Angaben des Vorhabenträgers für die allgemeine Vorprüfung zur Feststellung der UVP-Pflicht in Verfahren der Ländlichen Entwicklung nach § 7 [§ 9] UVPG**

Folgende Mustergliederung enthält alle erforderlichen Inhalte der Angaben des Vorhabenträgers. Zur Genehmigung des Plans der gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen sind weitere Genehmigungsunterlagen vorzulegen. Im Zuge der Erstellung der Unterlagen kann es sein, dass Inhalte doppelt angegeben werden (z. B. Landschaftsplanung). In diesen Fällen kann sinnvollerweise mit Verweisen gearbeitet werden.

#### **Inhalt**

1. Merkmale des Vorhabens einschließlich Rückbauarbeiten
  - 1.1 Beschreibung
  - 1.2 Wirkfaktoren
  - 1.3 Zusammenwirken mit anderen Vorhaben
2. Beschreibung des Standorts des Vorhabens und der ökologischen Empfindlichkeit des Gebietes
  - 2.1 Nutzungskriterien / Qualitätskriterien
  - 2.2 Schutzkriterien
3. Vorkehrungen des Vorhabensträgers
  - 3.1 Vermeidungs- / Minimierungsmaßnahmen gem. § 44 BNatSchG
  - 3.2 Eingriffs- / Ausgleichsmaßnahmen gem. § 15 BNatSchG
  - 3.3 Zusätzlich freiwillige Landschaftspflegemaßnahmen
  - 3.4 Schadensbegrenzungsmaßnahmen
  - 3.5 CEF-Maßnahmen
  - 3.6 Sonstige Vorkehrungen
4. Zusammenfassung / Ermittlung der möglichen Auswirkungen auf die Schutzgüter
  - 4.1 Schutzgut Mensch
  - 4.2 Schutzgut Biologische Vielfalt (Pflanzen, Tiere, Biotopstrukturen):
  - 4.3 Schutzgut Fläche/Boden:
  - 4.4 Schutzgut Wasser:
  - 4.5 Schutzgut Klima/Luft
  - 4.6 Schutzgut Landschaft, Kulturgüter, Sachgüter

## Hinweise zu Teil A

### Liste typischer Vorhabensmerkmale, Standortmerkmale & möglicher erheblicher Umweltauswirkungen für die allgemeine Vorprüfung zur Feststellung der UVP-Pflicht in Verfahren der Ländlichen Entwicklung nach § 7 [§ 9] UVPG

Zur Vorbereitung der Vorprüfung macht die TG Angaben über Merkmale des Vorhabens, den Standort sowie mögliche erhebliche Umweltauswirkungen nach Anlage 2 UVPG unter Berücksichtigung bedeutender Kriterien nach Anlage 3 UVPG (vgl. Anlage 2 Nr. 2 Satz 1 UVPG). Hierfür ist die Mustergliederung (**Teil A**, s. [QM-LE 3.3.8](#)) zu verwenden.

Die nachstehenden Hinweise dienen dem Vorhabenträger als Hilfestellung für die in Teil A geforderten Angaben. Aus den möglichen Merkmalen und Auswirkungen nach vorliegender Liste sind nur diejenigen zu beschreiben, die für das konkrete Vorhaben relevant sind.

#### Zu 1.1. Beschreibung des Vorhabens

Allgemeine Angaben zum Verfahren wie:

- VKZ, Gemeinde, Landkreis, ggf. Naturraum
- Verweis auf Anlagen- und Maßnahmenverzeichnis
- Flächeninanspruchnahme gemäß Anlagen- und Maßnahmenverzeichnis
- Größe des Verfahrensgebietes

#### Zu 1.2. Wirkfaktoren

Wirkfaktoren stellen bau-, anlage- und betriebsspezifische Ursachen dar, die Umweltveränderungen (Auswirkungen) verursachen können. Wirkfaktoren sind damit Teil der physischen Merkmale eines Vorhabens.

Im Zuge des Baus der gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen treten folgende Wirkfaktoren auf:

- Versiegelung und Überbauung
  - Bau auf bestehender Trasse (ohne Grünwege)
  - Bau auf neuer Trasse (ohne Grünwege)
- Geländeänderungen
  - Anfall Erdaushub, falls ja: Verwendung Erdaushub
  - Auffüllfläche, Auffüllhöhe
- Wegerückbau
- Verwendung des Materials aus dem Wegerückbau
- Beseitigung von Struktur- und Landschaftselementen

- Umwandlung von Wald in eine andere Nutzungsart (Rodung)
- Grünlandumbruch (Umbruch-Fläche, ohne Einsaat-Fläche)

Es ist nicht ausgeschlossen, dass einige Wirkfaktoren nicht ohne Weiteres näher zu quantifizieren sind. Diese Wirkfaktoren sind qualitativ zu beschreiben.

- Absenken des Bodenwasserhaushalts (Dränagen)
- Sammlung oder beschleunigte Ableitung von Niederschlagswasser
- Ausbau oder Benutzung oberirdischer Gewässer
- Ab- und Einleiten von Grundwasser (Benutzung)
- Zerschneidung oder Unterbrechung des
  - Biotopverbunds
  - Klima (Frischluftschneisen)
  - Landschaftsbilds (Sichtbeziehungen)
  - Erholungswertes der Landschaft (Wegebeziehungen)
- Erschließung und Beunruhigung der freien Landschaft durch
  - land- und forstwirtschaftlichen Verkehr
  - Transitverkehr
  - Freizeitaktivitäten

## **Zu 2. Beschreibung des Standorts des Vorhabens und der ökologischen Empfindlichkeit des Gebietes**

Angaben zu:

- bestehender Nutzung des Gebietes, insbesondere als Fläche für Siedlung und Erholung, für land-, forst- und fischereiwirtschaftliche Nutzungen, für sonstige wirtschaftliche und öffentliche Nutzungen, Verkehr, Ver- und Entsorgung
- Reichtum, Verfügbarkeit, Qualität und Regenerationsfähigkeit der natürlichen Ressourcen, insbesondere Fläche, Boden, Landschaft, Wasser, Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, des Gebiets und seines Untergrunds
- Natura2000-Gebiete nach § 7 Abs. 1 Nr. 8 BNatSchG, Naturschutzgebiete nach § 23 BNatSchG, Nationalparke und Nationale Naturmonumente nach § 24 BNatSchG, Biosphärenreservate und Landschaftsschutzgebiete gemäß den §§ 25 und 26 BNatSchG, Naturdenkmäler nach § 28 BNatSchG, geschützte Landschaftsbestandteile, einschließlich Alleen, nach § 29 BNatSchG, gesetzlich geschützte Biotope nach § 30 BNatSchG i. V. m. Art. 23 BayNatSchG

- Wasserschutzgebiete nach § 51 WHG, Heilquellenschutzgebiete nach § 53 Absatz 4 WHG, Risikogebiete nach § 73 Absatz 1 WHG sowie Überschwemmungsgebiete nach § 76 WHG
- Baudenkmäler nach Art. 1 Abs.2 BayDSchG, Bodendenkmäler nach Art. 1 Abs. 4 BayDSchG, Denkmalensembles nach Art. 1 Abs. 3 sowie Denkmäler der Denkmalliste nach Art. 2 BayDSchG<sup>1</sup>.

#### **Zu 4. Zusammenfassung / Ermittlung der möglichen Auswirkungen auf die Schutzgüter**

Aus der Zusammenschau der Wirkfaktoren und der Standortmerkmale des Vorhabens werden mögliche nachteilige Umweltauswirkungen ermittelt, die nach § 25 Absatz 2 UVPG bei der Zulassungsentscheidung zu berücksichtigen wären. Aus Gründen der Bewertungsmethodik (vgl. Teil B) sind die möglichen Umweltauswirkungen im Hinblick auf Tatbestände aus dem Fachrecht formuliert. In Verfahren der Ländlichen Entwicklung können dies insbesondere folgende Auswirkungen sein:

- Beeinträchtigung eines Natura 2000-Gebiets
- Beeinträchtigung eines geschützten Teils von Natur und Landschaft
- Beeinträchtigung eines gesetzlich geschützten Biotops bzw. Landschaftsbestandteils
- Beeinträchtigung von Tieren und Pflanzen besonders geschützter Arten
- Beeinträchtigung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts oder des Landschaftsbildes
- Nachteilige Veränderung der Eigenschaften oder des Zustands eines Gewässers
- Beeinträchtigung des Hochwasserabflusses oder der Hochwasserrückhaltung
- Beeinträchtigung eines Bau- oder Bodendenkmals
- Beeinträchtigung von Waldfunktionen

---

<sup>1</sup> Das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege führt amtliche Kartierungen zu Bau-, Bodendenkmäler sowie Denkmalensembles. Diese sind im BayernAtlas allgemein verfügbar. Die Denkmaleigenschaft hängt dabei nicht von der Kartierung und der Eintragung in die Bayerische Denkmalliste ab, sondern greift kraft Gesetzes. Die Kartierungen und die darin enthaltene Denkmalliste entsprechen den für Bayern auf Länderebene verfügbaren Standortmerkmalen im Sinne der Nr. 2.3.11 Anlage 3 UVPG.

## **Teil B: Bewertungshilfe für die allgemeine Vorprüfung zur Feststellung der UVP-Pflicht in Verfahren der Ländlichen Entwicklung nach § 7 [§ 9] UVPG**

Die möglichen erheblichen Umweltauswirkungen eines Vorhabens sind anhand der Merkmale des Vorhabens und des Standorts durch die zuständige Behörde zu beurteilen; dabei sind insbesondere folgenden Gesichtspunkte zu berücksichtigen (vgl. Anlage 3 UVPG):

- Art und Ausmaß der Auswirkungen
- Schwere und Komplexität der Auswirkungen
- Eintreten, Dauer, Häufigkeit und Umkehrbarkeit der Auswirkungen
- Wahrscheinlichkeit der Auswirkungen
- Zusammenwirkung mit anderen bestehenden oder zugelassenen Vorhaben
- Etwaigen grenzüberschreitenden Charakter der Auswirkungen
- Verminderungsmöglichkeiten durch den Vorhabenträger

Der Maßstab für die Bewertung der Erheblichkeit ergibt sich hingegen aus dem materiellen Zulassungsrecht (§ 7 Abs. 1 Satz 3 i. V. m. § 25 UVPG), insbesondere dem Abfall-, Bau-, Bodenschutz-, Denkmalschutz-, Immissionsschutz-, Naturschutz-, Raumordnungs-, Wald- und Wasserrecht. Daher kommt es darauf an, welches Gewicht das einschlägige Fachrecht den nachteiligen Umweltauswirkungen (Beeinträchtigungen) beimisst und inwieweit dadurch die Zulassung des Vorhabens aus Umweltgründen versagt werden muss bzw. kann oder (ggf. unter Auflagen) (voraussichtlich) möglich bleibt. Folgende drei Fallgruppen sind von Bedeutung:

**Fallgruppe 1:** Die Beeinträchtigung ist fachrechtlich nicht oder nur unter Abwägung mit Gemeinwohlbelangen zulässig.  
→ **grundsätzlich erheblich**

**Fallgruppe 2:** Die Beeinträchtigung ist fachrechtlich nur unter Anordnung von Kompensationsmaßnahmen, jedoch ohne Abwägung mit Gemeinwohlbelangen zulässig.  
→ **im Einzelfall erheblich**  
(Einzelfallbetrachtung anhand der Kriterien unter Anlage 3, Nr. 3 UVPG)

**Fallgruppe 3:** Die Beeinträchtigung ist fachrechtlich ohne Kompensationsverpflichtung und ohne Abwägung mit Gemeinwohlbelangen zulässig.  
→ **grundsätzlich unerheblich**



## Beispiele:

<b>nachteilige Umweltauswirkung</b>	<b>erheblich</b> <i>(Fallgruppe 1)</i>	<b>fallweise erheblich</b> <i>(Fallgruppe 2)</i>	<b>unerheblich</b> <i>(Fallgruppe 3)</i>
<b>Beeinträchtigung eines Natura 2000- Gebiets</b>	erheblich im Sinne von § 34 BNatSchG <sup>2</sup>		nicht erheblich im Sinne von § 34 BNatSchG
<b>Beeinträchtigung eines geschützten Teils von Natur und Landschaft</b>	Verbotstatbestand gemäß Schutzgebiets- erklärung verwirklicht, der nur durch Befreiung nach § 67 BNatSchG überwindbar ist	Verbotstatbestand gemäß Schutz- gebietserklärung verwirklicht, der ohne Befreiung nach § 67 BNatSchG überwindbar ist (z. B. durch Erlaubnis)	kein Verbotstat- bestand verwirklicht
<b>Beeinträchtigung eines gesetzlich geschützten Biotops bzw. Landschafts- bestandteils</b>	nicht ausgleichbar im Sinne von Art. 23 Abs. 3 BayNatSchG	ausgleichbar	nicht erheblich im Sinne von § 30 Abs. 2 BNatSchG bzw. Art. 16 Abs. 1 BayNatSchG
<b>Beeinträchtigung von Tieren und Pflanzen besonders geschützter Arten</b>	artenschutzrechtlicher Verbotstatbestand im Sinne von § 44 Abs. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG verwirklicht		kein artenschutz- rechtlicher Verbotstatbestand verwirklicht
<b>Beeinträchtigung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts oder des Landschaftsbildes</b>	weder ausgleich- noch ersetzbar im Sinne von § 15 Abs. 2 BNatSchG	mit Kompensa- tionsbedarf nach § 7 BayKompV <sup>3</sup>	ohne Kompensa- tionsbedarf nach § 7 BayKompV

<sup>2</sup> Lt. Arbeitsentwurf UVP-Verwaltungsvorschrift – neu, Std. 25.06.2021 des StMUV wird bereits die UVP-Pflicht ausgelöst, wenn eine FFH-Vorprüfung zum Ergebnis kommt, dass eine vertiefte FFH-Verträglichkeitsprüfung erforderlich ist.

<sup>3</sup> Erhebliche Beeinträchtigungen des Naturhaushalts und des Landschaftsbildes im Sinne der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung sind nicht automatisch auch erheblich im Sinne des UVPG. Sind die Schutzgüter der Eingriffsregelung lediglich in Funktionen von allgemeiner Bedeutung betroffen, löst dies grundsätzlich noch keine UVP-Pflicht aus. Der in diesem Fall allein über flächenbezogen bewertbare Merkmale und Ausprägungen des Schutzguts Arten und Lebensräume ermittelte Kompensationsbedarf deckt auch die Schutzgüter Boden, Wasser, Klima/Luft ab (§ 7 Abs. 3 Satz 1 BayKompV). Werden dagegen Funktionen von besonderer Bedeutung erheblich beeinträchtigt, entsteht ein ergänzender Kompensationsbedarf nach § 7 Abs. 2 Satz 2 oder § 7 Abs. 3 Satz 3 BayKompV, und die Erheblichkeitsschwelle des UVPG kann überschritten sein.

<b>nachteilige Umweltauswirkung</b>	<b>erheblich</b> <i>(Fallgruppe 1)</i>	<b>fallweise erheblich</b> <i>(Fallgruppe 2)</i>	<b>unerheblich</b> <i>(Fallgruppe 3)</i>
<b>nachteilige Veränderung der Eigenschaften oder des Zustands eines Gewässers</b>	schädliche Gewässer- veränderungen im Sinne von § 12 Abs. 1 Nr. 1 WHG zu erwarten  <u>oder</u>  Verschlechterungs- verbot nach WRRL verletzt bzw. Erreichung eines guten Zustands/ökologischen Potenzials gefährdet (§§ 27, 47 WHG)  <u>oder</u>  Schutzzweck eines Wasserschutzgebiets bzw. Heilquellen- schutzgebiets gefährdet (§§ 51 ff WHG)	mit Ausgleichs- bedarf nach § 13 Abs. 2 Nr. 2 Buchst. d WHG  <u>oder</u>  mit Ausgleichs- bedarf nach § 67 Abs. 1 WHG	nebenstehende Bedingungen nicht erfüllt
<b>Beeinträchtigung des Hochwasser- abflusses oder der Hochwasserrück- haltung</b>	Funktion eines Überschwemmungs- gebiets im Sinne des § 76 WHG als Rückhaltefläche gefährdet	mit Ausgleichs- bedarf nach § 78a Abs. 2 WHG <sup>4</sup>	nebenstehende Bedingungen nicht erfüllt
<b>Beeinträchtigung eines Bau- oder Bodendenkmals</b>	Versagungsgrund nach Art. 6 Abs. 2 oder Art. 7 Abs. 1 Satz 2 BayDSchG erfüllt		nebenstehende Bedingung nicht erfüllt
<b>Beeinträchtigung von Waldfunktionen</b>	Rodung im Naturwaldreservat  <u>oder</u>  Rodung im Schutz-, Bann- oder Erholungswald ohne Erlaubnisgrund gemäß	Rodung im Bannwald mit Erlaubnisgrund gemäß  Art. 9 Abs. 6 Satz 2 BayWaldG	Rodung im Schutz- oder Erholungswald mit Erlaubnisgrund gemäß Art. 9 Abs. 6 Satz 1 BayWaldG

<sup>4</sup> In festgesetzten oder vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebieten bzw. in Vorranggebieten für Hochwasserschutz (§ 78a Abs. 6 WHG, Art. 47 Abs. 2 Satz 3 BayWG).

<b>nachteilige Umweltauswirkung</b>	<b>erheblich</b> <i>(Fallgruppe 1)</i>	<b>fallweise erheblich</b> <i>(Fallgruppe 2)</i>	<b>unerheblich</b> <i>(Fallgruppe 3)</i>
	Art. 9 Abs. 6 BayWaldG  <u>oder</u> Versagungsgrund nach Art. 9 Abs. 5 Nr. 1 BayWaldG erfüllt		

## **Teil C: Unbedingte UVP-Pflicht in Verfahren der Ländlichen Entwicklung**

Eine UVP-Pflicht kann sowohl durch eine allgemeine Vorprüfung als auch direkt durch gesetzliche Vorschriften ausgelöst werden (sog. unbedingte UVP-Pflicht).

Ergibt sich aus den Angaben des Vorhabenträgers, dass ein nach Landesrecht unmittelbar UVP-pflichtiges Vorhaben verwirklicht wird, ist auch ohne allgemeine Vorprüfung die UVP-Pflicht festzustellen. Schwellenwerte der unbedingten UVP-Pflicht liegen in Bezug auf Vorhaben der Ländlichen Entwicklung i. d. R. hoch. Im Folgenden werden die gesetzlichen Vorgaben zur UVP aus Gründen der Vollständigkeit zusammengestellt.

### **Erhebliche Beeinträchtigungen von gesetzlich geschützten Biotopen gemäß Art. 23 Abs. 6 BayNatSchG**

Unbedingte UVP-Pflicht besteht

- bei der Überführung von gesetzlich geschützten Biotopen  $\geq 1$  ha (Gesamtfläche) in intensive landwirtschaftliche Nutzung.
- wenn die erneute Änderung oder Erweiterung der intensiven landwirtschaftlichen Nutzung auf Kosten von gesetzlich geschützten Biotopen den Umfang von  $\geq 1$  ha (Gesamtfläche) erstmals erreicht. Vorausgehende Vorhaben, die früher als zwei Jahre vor dem Eingang des Antrags auf Zulassung des Änderungs- oder Erweiterungsvorhabens in Betrieb genommen worden sind, bleiben unberücksichtigt.

### **Rodung/Erstaufforstung von Wald gemäß Art. 39a BayWaldG**

Unbedingte UVP-Pflicht besteht bei Rodungen von:

- $\geq 10$  ha
- $\geq 5$  ha innerhalb eines Schutzwaldes nach Art. 10 Abs. 1 BayWaldG, eines Bann- oder Erholungswaldes, eines Naturschutzgebietes, eines Nationalparks oder eines Natura2000- Gebietes
- $\geq 1$  ha in einem gesetzlich geschützten Biotop.

Unbedingte UVP-Pflicht besteht bei Erstaufforstung von:

- $\geq 50$  ha
- $\geq 10$  ha innerhalb eines Naturschutzgebietes, eines Nationalparks oder Natura2000-Gebietes
- $\geq 1$  ha in einem gesetzlich geschützten Biotop

Unbedingte UVP-Pflicht besteht außerdem,

- wenn Erweiterungen von Rodungen und Erstaufforstungen innerhalb der letzten 10 Jahre vorgenannte Schwellenwerte erstmals erreichen oder überschreiten
- wenn das ursprüngliche Vorhaben bereits einer UVP bedurfte und die Erweiterung mind. 50 % der vorgenannten Schwellenwerte erreicht oder überschreitet.

### **Abgrabungen gemäß Art. 8 BayAbgrG**

Unbedingte UVP-Pflicht besteht bei Abgrabungen einschließlich der aus den Abgrabungen resultierenden Auffüllungen

- $\geq 10$  ha
- $\geq 1$  ha innerhalb von gesetzlich geschützten Biotopen, Natura 2000-Gebieten, Nationalparks oder Naturschutzgebieten

Unbedingte UVP-Pflicht besteht bei der Erweiterung von Abgrabungen einschließlich der aus den Abgrabungen resultierenden Auffüllungen, für die eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt worden ist, wenn die Erweiterungsfläche mindestens 50 v.H. der o.g. Schwellenwerte (ohne gesetzlich geschützte Biotop) aufweist oder zu mehr als 1 ha in einem gesetzlich geschützten Biotop liegt.

### **Bau einer Orts-/Gemeindeverbindungsstraße gemäß Art. 37 Nr. 3 BayStrWG**

Unbedingte UVP-Pflicht besteht beim

- Bau einer ein-, bis dreistreifigen Straße, soweit der neu gebaute Straßenabschnitt eine durchgehende Länge von mindestens 10 km aufweist und auf einer Länge von mehr als 5 v.H. gesetzlich geschützte Biotop mit einer Fläche von mehr als 1 ha, Natura 2000-Gebiete, Nationalparke oder Naturschutzgebiete durchschneidet.
- Anbau mindestens eines weiteren Fahrstreifens auf einer durchgehenden Länge von mindestens 10 km und der zu ändernde Straßenabschnitt auf einer Länge von mehr als 5 v.H. gesetzlich geschützte Biotop mit einer Fläche von mehr als 1 ha, Natura 2000-Gebiete, Nationalparke oder Naturschutzgebiete durchschneidet.